

Politische Erklärung der DKP

Den Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozialkahlschlag und Demokratieabbau verstärken! - Das Kräfteverhältnis verändern!

Gegen den Krieg der USA gegen Irak im Jahr 2003 protestierten allein in der BRD Hunderttausende. Ebenso entwickeln sich heftige Kritik und Widerstand gegen die Agenda 2010 und Hartz IV.

Noch sind die Kräfte zu zersplittert, um auf breiter Front erfolgreich Widerstand leisten zu können. Aber mit jedem Beispiel kämpferischer betrieblicher Auseinandersetzungen und sozialer Protestaktionen wächst die Möglichkeit, diese Kämpfe zu vernetzen und eine breite Bewegung gegen die Politik und die Kräfte der "Konter-Reform" zu schaffen. Ohne eine mobilisierungsfähige außerparlamentarische Opposition, deren Kern eine aktive Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist, die sich auf die Belegschaften der Konzernbetriebe stützen kann, ist es nicht möglich, aus der Defensive zu kommen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten stellen uns die Aufgabe dazu beizutragen, dass sich in den aktuellen Abwehrkämpfen - unter Bedingungen der Defensive - eine außerparlamentarische Kraft formiert, die in der Lage ist, die Verhältnisse aufzubrechen und das Kräfteverhältnis zu verändern.

Die DKP tritt dafür ein, jetzt einen weiteren Verständigungsprozess der veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kräfte zu organisieren, um den Protest zu vereinigen, den Widerstand zu verstärken. Es ist nötig, sich über gemeinsame mittel- und langfristige Ziele zu verständigen und die Debatte über gesellschaftliche Alternativen zu führen.

1 Die Bundesrepublik in neuen sozialen Auseinandersetzungen

Die Folgen des Sozialabbaus, der Agenda 2010, werden vielen erst allmählich bewusst. In der BRD gibt es derzeit fast 5 Millionen offiziell registrierte und ungezählte nicht registrierte. Arbeitslose. Zum 1. Januar 2005 traten Regelungen in Kraft, nach denen Langzeitarbeitslosen zukünftig jede Arbeit zumutbar sei. Die Bezahlung darf und wird vielfach weit unter den Tariflöhnen liegen. "Niedriglohnsektor" und Leiharbeit werden weiter ausgebaut. Der Druck der Unternehmer auf die Tarifautonomie und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nimmt massiv zu. Die Folge ist zunehmende Armut. Auch die Lebensverhältnisse der meisten Menschen, die noch einen Arbeitsplatz haben, sind unsicherer geworden.

Frauen sind überproportional von Arbeitslosigkeit, Armut und Sozialabbau betroffen. Die Forderung "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist nicht verwirklicht. Nach wie vor werden Mädchen in der Bildung benachteiligt. Diskriminierung, Sexismus und Gewalt gegen Frauen sind gesellschaftliche Wirklichkeit.

Dem Bildungsbereich werden massiv Mittel entzogen. Der Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten wird vor allem Jugendlichen aus armen und diskriminierten Familien weiter erschwert. Gleichzeitig werden Eliteeinrichtungen im Schul- und Hochschulbereich gefördert.

Es fehlen Lehrstellen, Ausbildungsstandards sind in Frage gestellt.

Im Bereich der sozialen Kinder- und Jugendarbeit kürzen Kommunen und Länder drastisch die Mittel. Mit der Agenda 2010 wächst die Zahl der Kinder, die vorwiegend von Sozialhilfe leben müssen.

Zugleich wächst der private Reichtum in der BRD beständig. Um fast 200 Milliarden Euro, auf 3 922 Milliarden Euro ist das private Geldvermögen im Krisenjahr 2003 gestiegen, meldet die Bundesbank in ihrem Juni-Bericht 2004. Wie das Investmenthaus MerrillLynch in seinem jüngsten Welt-Reichtumsbericht (World Wealth Report 2004) ergänzend berichtet, gehören den 756 000 Euro-Millionären und Milliardären in Deutschland 2 916 Milliarden US-Dollar (nur Geldvermögen, wie Wertpapiere, Aktien, Barvermögen, etc.). Das sind fast 60 Prozent des gesamten Geldvermögens in diesem Land, das in den Händen von nur knapp einem Prozent der Bevölkerung ist. Insgesamt verfügen in der BRD nur etwa fünf Prozent der privaten Haushalte über knapp fünfzig Prozent des gesamten Betriebs-, Immobilien- und Geldvermögens.

Dessen ungeachtet und während die Reichen und Superreichen immer reicher werden und immer mehr Menschen arm und die Armen immer ärmer werden, wird die Umverteilung von unten nach oben aggressiv fortgesetzt.

2 Die "neue" Weltordnung des Kapitals

Der Zusammenbruch und die Zerschlagung der sozialistischen Staaten in Europa öffneten dem Kapital zunehmend den Weg zur Unterwerfung aller sozialen und kulturellen Bereiche unter seine Interessen. Bestehende Krisen haben sich verschärft, neue Krisenherde sind entstanden.

Drei Aspekte kennzeichnen die gegenwärtigen Veränderungen, die der weltweiten Durchsetzung imperialistischer Ziele dienen.

Auf ökonomischem Gebiet werden auch Wirtschafts- und Lebensbereiche - wie Kultur, Bildung, Gesundheitswesen -, die dem Kapital bisher nur bedingt zur Verfügung standen, zunehmend und immer einschneidender den Kapitalinteressen unterworfen;

politische und soziale Ziele des Großkapitals - vor allem der transnationalen Konzerne und Banken - werden durch eine reaktionäre, rigorose "neoliberale" Politik durchgesetzt - sie äußert sich vor allem in der Zerschlagung der von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse, im Übergang zu einem neuen Regulationsmodell des Kapitalismus und damit der Schaffung noch besserer Verwertungsbedingungen für das Kapital im nationalen und internationalen Rahmen;

außen- und militärpolitische Strategien unter Schlagworten wie Terrorismusbekämpfung, "humanitäre Einsätze" oder auch "Neue Weltordnung" werden zur Absicherung und Erweiterung der Herrschaft des Großkapitals genutzt.

2.1 Imperialistische Globalisierung

Karl Marx und Friedrich Engels stellten vor über 150 Jahren im "Manifest der kommunistischen Partei" fest: "Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren ... Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel."

Heute hat dieser Prozess eine neue Stufe erreicht. Die letzten Schranken der nationalen Märkte werden beseitigt. Die transnationalen Konzerne und Banken beherrschen weitgehend diesen Weltmarkt. Dabei geht es nicht mehr nur um die Verflechtung des Handels und der Märkte. Heute ermöglichen wissenschaftliche und technologische Voraussetzungen die rasche, weltweite Vernetzung der Produktionsprozesse und Steuerung der Finanzströme. Ohne die Revolutionierung der Produktivkräfte - vor allem der Informations- und Kommunikationstechnik, der Biotechnologie sowie der Werkstoffentwicklung - wäre dies unmöglich.

Ergebnis ist eine neue Stufe der Monopolisierung. Die transnationalen Konzerne und Banken haben eine bisher nie dagewesene Macht erlangt. Ihre Umsätze und Profite übersteigen heute das Bruttosozialprodukt oder zumindest die Haushalte vieler Staaten.

Auch im Kapitalexport dient ein immer größerer Teil der Auslandsinvestitionen vor allem dem Aufkauf bzw. der Beteiligung an bereits existierenden Unternehmen. 85 bis 90 Prozent der Direktinvestitionen von Großunternehmen werden von den drei imperialistischen Zentren USA, EU und Japan aus getätigt. Überwiegend werden sie auch in ihnen angelegt. Der Rest der Welt wird insbesondere hinsichtlich moderner Technologien abgehängt. Von Interesse sind allein die profitablen Ressourcen dieser Regionen. Mit Großfusionen im Banken- und Versicherungsbereich und dem enorm gewachsenen Einfluss der daraus hervorgehenden Finanzgiganten auf alle Bereiche des Wirtschaftslebens, mit der in Folge der enormen Staatsschulden gewachsenen Abhängigkeit der Staaten von den Banken sowie der Vernetzung der internationalen Finanzströme hat das Finanzkapital eine neue Stufe seiner Macht erreicht.

2.2 Abbau sozialer und demokratischer Grundrechte

Immer weniger Menschen verfügen über einen immer größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Sie entscheiden über Investitionen und Massenentlassungen, über Kapitalbewegungen, innerstaatliche und überstaatliche Gesetzgebung, über die Zukunft ganzer Staaten und Weltregionen, letztlich über Krieg und Frieden.

Die transnationalen Konzerne treiben die Internationalisierung der Arbeit voran. Die jeweiligen Abteilungen der Arbeiterklasse sollen weltweit untereinander konkurrieren, die schlechtesten sozialen und ökologischen Bedingungen zum Maßstab aller werden. Lohn- und Sozialdumping soll grenzübergreifend durchgesetzt werden.

Das Großkapital will eine Weltordnung, die seine Profitinteressen sichert.

Dies hat Auswirkungen auf die Außen- wie die Innenpolitik: Errungenschaften bürgerlicher Demokratie - in harten Auseinandersetzungen durch Arbeiter- und demokratische Bewegungen erkämpft - werden ebenso wie die bürgerlich-demokratische Verfasstheit der Mehrheit der entwickelten kapitalistischen Staaten zunehmend in Frage gestellt.

Restriktive Herrschaftsformen des Kapitals entstehen oder werden erprobt: Verschärfung von Polizeigesetzen, Sicherheitsüberprüfungen im öffentlichen Dienst, zunehmende Überwachung öffentlicher Räume, Einschränkungen des Versammlungs- und Streikrechts, der reaktionäre EU-Verfassungsentwurf. Noch reaktionärere bis hin zu faschistischen Herrschaftsvarianten werden wieder in Betracht gezogen.

2.3 Krieg und Frieden

Solange die sozialistischen Staaten Europas und vor allem die Sowjetunion existierten, zogen sie Grenzen für aggressive militärische Abenteuer.

Heute ist die Außenpolitik imperialistischer Staaten darauf ausgerichtet, die letzten Hindernisse für die totale Beherrschung des Weltmarktes durch die transnationalen Konzerne aus dem Wege zu räumen. Wo ökonomische Hebel und politischer Druck nicht ausreichen, wird die imperialistische Militärmaschine in Bewegung gesetzt.

Der von den USA dominierte Militärpakt NATO setzt sich rigoros über das Völkerrecht hinweg. Mit dem Aggressionskrieg gegen Jugoslawien 1999 wurde dies erstmals demonstriert. Mit Eingreiftruppen, "Krisen-

reaktionskräften" und der Umrüstung von Streitkräften auf weltweite Einsätze soll der Zugang zu Märkten und Rohstoffquellen gesichert werden.

Mit dem Irak-Krieg im Jahr 2003 gingen die USA - unter Bruch des Völkerrechts - einen weiteren Schritt bei der Durchsetzung der so genannten "neuen Weltordnung" unter ihrer politischen und militärischen Vorherrschaft. Die Kriege gegen Afghanistan und den Irak sollten nicht nur den Zugriff auf die Öl- und Gasressourcen, sondern gleichzeitig die politisch-militärische Kontrolle über den Nahen und Mittleren Osten sichern.

Der Irak-Krieg besiegelte zugleich die langfristig vorbereitete US-Strategie des "Präventivkrieges".

Vor allem die Politik der gegenwärtigen US-Regierung zeigt das aggressive Wesen des Imperialismus. Die anderen imperialistischen Zentren haben nichts getan diese Politik zu zügeln. Im Gegenteil: Sie verfolgen gleiche Ziele, verfügen jedoch bisher nicht über vergleichbare Machtinstrumente und bevorzugen daher oft andere taktische Vorgehensweisen.

Der Imperialismus setzt sich über alle Prinzipien und Normen des Völkerrechts hinweg. Kriege zur Durchsetzung wirtschaftlicher und strategischer Interessen sind fester Bestandteil der Außen- und Militärstrategien aller imperialistischen Staaten. Die von US-Präsident Bush verkündete "Präventivkriegs-Doktrin" ist inzwischen beinahe wortgleich Bestandteil der von den EU-Staaten beschlossenen "Europäischen Sicherheitsstrategie".

Krieg ist weltweit zum permanenten Zustand geworden. Die nächsten Kriege werden bereits geplant. Sie bedrohen das Leben von Millionen von Menschen, in der Konsequenz der ganzen Menschheit. Iran, Syrien, Kuba, die KDVR (Koreanische Demokratische Volksrepublik) wurden als Gegner benannt. Die Volksrepublik China wird strategisch als Konkurrent betrachtet, den es zu bekämpfen gilt. Noch immer wird den Palästinensern das Recht auf einen eigenen Staat, der sich wie der Staat Israel in gesicherten Grenzen entwickeln kann, verweigert.

Die imperialistischen Zentren, vor allem die USA und die EU, stehen zugleich in einem extremen Konkurrenzkampf gegeneinander. Dieser äußert sich u. a. in gegenseitigen Handelsbeschränkungen und unterschiedlichen bzw. gegensätzlichen politischen und wirtschaftlichen Konzeptionen im Kampf um die Beherrschung internationaler Märkte. Auch wenn gegenwärtig die Gefahr eines Krieges zwischen den imperialistischen Zentren nicht besteht, kann dies für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Gemeinsamkeiten, Rivalitäten und Widersprüche zwischen den imperialistischen Metropolen charakterisieren auch die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus.

Zunehmender Sozial- und Demokratieabbau auch in den wirtschaftlich stärkeren kapitalistischen Ländern, Militarisierung und Krieg, zunehmende Destabilisierung und Barbarisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse sind die Folgen.

2.4 Das Europa der Monopole

Durch die Europäische Verfassung soll der Kapitalismus als Gesellschaftsordnung für ganz Europa fest geschrieben werden. Jegliche Alternative würde damit als verfassungsfeindlich eingestuft.

Die Europäische Gemeinschaft hat sich zu einem eigenständigen politischen und militärischen Zentrum neben den USA entwickelt. Die EU wird von den Interessen des Finanzkapitals, von den in den EU-Staaten agierenden transnationalen Konzernen und Großbanken dominiert. Direkten Einfluss auf die Europäische Kommission übt z. B. der "European Round Table of Industrialists" (Europäischer Runder Tisch der Industriellen) aus. Der europäische Integrationsprozess ist ein Feld des Konkurrenzkampfes und der politischen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Kräften der Bourgeoisie. Die EU ermöglicht internationalen Konzernen, auf einem von nationalen Grenzen und kapitaleinschränkenden Regularien befreiten einheitlichen Markt zu agieren. Sie wurde in den letzten Jahren zu einer "politischen Union" mit supranationalen Einrichtungen und Machtbefugnissen ausgebaut.

Aus der Position der Stärke der westeuropäischen Länder werden andere Märkte angegriffen. Unter der Flagge der EU versuchen die ökonomisch stärksten europäischen Länder - allen voran Deutschland - ihr eigenes Gewicht in der Weltpolitik und den Einfluss auf den Weltmärkten zu verstärken. Es ist das strategische Ziel der EU, bis zum Jahre 2010 zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt zu werden und damit eine weltpolitische Stellung zu erreichen, die der der USA mindestens gleichkommt. Die Agenda 2010 in Deutschland ist die nationale Umsetzung der Agenda von Lissabon.

Der Ausbau der EU-Institutionen wie auch die EU-Osterweiterung vollziehen sich unter zunehmendem Einfluss des deutschen Finanzkapitals. Durch die Besetzung einflussreicher Positionen in der EU-Bürokratie wird versucht, den Führungsanspruch in der EU durchzusetzen. Dem dient auch die Übernahme strategischer Wirtschaftsbereiche der mittel- und südosteuropäischen Ökonomien.

Mit dem Euro gewinnen hochproduktive Kernregionen an ökonomischer Kraft, unterentwickelte Gebiete werden noch mehr an den Rand gedrängt. Insgesamt wächst in Europa die Kluft zwischen armen und reichen Regionen weiter. In Deutschland betrifft dies vor allem die ostdeutschen Bundesländer.

Parallel zur weiteren wirtschaftlichen und politischen Formierung dient auch der Ausbau einer eigenen Militärmacht dem Ziel, die EU zu einer global agierenden imperialistischen Weltmacht auszubauen. Dazu gehört unter anderem die Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe für Einsätze bis zu 4 000 Kilometer außerhalb Europas.

Mit dem Auf- und Ausbau und der Erweiterung der Europäischen Union werden wichtige wirtschaftliche, soziale, innen- und außenpolitische Grundentscheidungen immer weiter von den Bürgern entfernt auf EU-Gremien verlagert. Durch die Erweiterung der EU und die Einsetzung einer europäischen Verfassung werden nationale Souveränitätsrechte an die EU abgegeben, die kleinen Staaten Europas geschwächt und die großen imperialistischen Staaten, vor allem die BRD, gestärkt.

Ein EU-weites System der Erfassung und Überwachung der Bevölkerung durch Vernetzung von Polizei, Geheimdiensten und Justiz unter dem Mantel der "Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung" wurde geschaffen. Die Nivellierung der Einwanderungs- und Asylrechtsbestimmungen auf das unterste Niveau findet ihre Ergänzung in der Abschottung der "Festung Europa" gegen unerwünschte Zuwanderung durch Zentralisierung der Grenzpolizei.

Mit den "Konvergenzkriterien", dem "Stabilitätspakt", der Schaffung des Euro und weiteren EU-Direktiven wurde eine koordinierte Politik des Sozialabbaus und der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, der Reallohnsenkung, der Einführung eines ausgedehnten Billiglohnsektors sowie der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen vorangetrieben. In allen europäischen Staaten sind die Menschen mit der Zerstörung sozialstaatlicher Errungenschaften, mit einer sozialreaktionären Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik konfrontiert.

Die Strategie der EU hat zum Ziel die Macht der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse zu stärken.

Der imperialistische Grundcharakter der EU macht jede Erwartung illusorisch, dass die "Europäische Union" ohne grundlegenden Umbruch der Macht- und Eigentumsverhältnisse zu einem Gegenpol in der Welt werden könnte, der für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt steht.

3 Sozialkahlschlag, Demokratieabbau und Militarisierung

Arbeit und soziale Gerechtigkeit - mit diesen Themen hatte die SPD im September 1998 die Wahlen gewonnen. Doch die SPD-Grüne-Regierung enttäuschte die Erwartungen tief. Schnell bestätigte sich die Erfahrung, dass ein Politikwechsel gegen Kapital und Kabinett durchgesetzt werden muss. Dies ist unmöglich ohne den Druck einer starken außerparlamentarischen Bewegung - sie war als wirksame Kraft nicht vorhanden.

Nach der knappen Wiederwahl der SPD-Grünen-Regierung im Jahr 2002 verstärkte die Koalition - getrieben durch die Unternehmerverbände - ihre Bemühungen um den Abbau sozialer und demokratischer Grundrechte.

Die seit Anfang der 90er Jahre (unter der Regierung Kohl) proklamierte strategische Umorientierung der Bundeswehr von der Landesverteidigung zu "Out-of-area"-Kriegseinsätzen wurde von der neuen Regierung in die Praxis umgesetzt. Deutschland beteiligte sich am völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Seitdem wird die militärische Umstrukturierung der Bundeswehr für weltweite Militärinterventionen mit aller Kraft vorangetrieben. Milliarden werden für die Anschaffung neuer, strategischer Waffensysteme ausgegeben.

Die Bundeswehr wird zum Instrument imperialistischer Einflussnahme, sie soll die weltweiten Interessen Deutschlands notfalls auch militärisch durchsetzen.

Gleichzeitig gehört die Bundesregierung zu den treibenden Kräften der Militarisierung der EU.

Mit dem Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte, mit Maßnahmen wie der Übergabe von immer mehr Vollmachten an den Bundesgrenzschutz, der zur Bundespolizei ausgebaut wird, dem großen Lauschangriff, dem Aufbau der sich jeder demokratischen Kontrolle entziehenden Europolizei und dem möglichen Einsatz der Bundeswehr im Innern werden zudem Voraussetzungen geschaffen, jeden ernsthaften sozialen und politischen Widerstand zu unterdrücken. Und für alle Fälle liegen die Notstandsgesetze in der Schublade.

3.1 Reaktionärer Umbau der sozialen Sicherungssysteme

Die Vertreter des Kapitals sind angetreten jetzt die Errungenschaften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen. Kaum ein Tag vergeht, an dem sie nicht - über weitgehend gleichgeschalteten Medien - Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten und Arbeitslosen, die Kampffähigkeit der Gewerkschaften und Betriebsbelegschaften starten. Es geht ihnen um die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung. Sie halten die Zeit für günstig ihre Gier nach mehr Umsätzen und höheren Profiten uneingeschränkt durchzusetzen.

Der Ausfall der Löhne als Kaufkraft auf dem Binnenmarkt wird durch gesteigerte Exportfähigkeit und verbesserte Profitbedingungen für die Konzerne - Dreh- und Angelpunkt aller Maßnahmen - ausgeglichen.

Das Ziel ist die Ablösung des bisherigen Regulierungsmodells des Kapitalismus der alten BRD. Es war gekennzeichnet durch das Bemühen um Integration der Arbeiterklasse und Erhalt des "sozialen Friedens" durch Steigerung der Reallöhne und Entwicklung der Kaufkraft, durch Abfederung sozialer Risiken für große Teile der Bevölkerung, durch Entschärfung der Klassenkonflikte mit Hilfe der Ideologie der "Sozialpartnerschaft", durch "Einbinden" der Gewerkschaften.

Dies alles wird vom Kapital aufgekündigt. Die Politik der so genannten "Sozialpartnerschaft", entspricht nicht mehr den objektiven Erfordernissen der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus. An die Stelle der "Sozialpartnerschaft" treten soziale Polarisierung und Konfrontation. Mit der Agenda 2010 werden dafür entscheidende Schritte gegangen.

Dazu soll die Tarifautonomie aufgehoben, sollen andere Rechte, die sozialen und tariflichen Fortschritte, die in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg erkämpft wurden, als der Sozialismus als "unsichtbarer Verhandlungspartner" bei jeder Auseinandersetzung "mit am Tisch" saß, beseitigt werden. Es geht auch um Teile der Bestimmungen der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und um die in der Revolution vom 1918/19 errungenen Rechte.

Auch Grundforderungen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland wie die "Sozialpflichtigkeit des Eigentums" (Artikel 14 GG) oder der Artikel 15 GG, der die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln regelt, werden in Frage gestellt.

Hartz-Konzepte, "Gesundheitsreform", Rentenklau als Teil der Agenda 2010 markieren erst den Anfang der Politik von Kabinett und Kapital zum reaktionären Umbau der Gesellschaft, zur Zerschlagung der Sozialsysteme. Zugleich wird diese Situation genutzt, um die Bedingungen für Schaffung und Reproduktion von "Eliten" zu verbessern.

3.2 Neue Formen der sozialen Spaltung

Bei starker Anbindung eines Teils der Arbeiterklasse an die Profitinteressen des Kapitals werden wachsende Teile der Bevölkerung ausgegrenzt und an den Rand der Gesellschaft gedrückt. Massenarbeitslosigkeit ist eine Dauererscheinung geworden. Die Kapitalvertreter setzen sie als Druckmittel zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegung ein. Sie wollen die Regulierung des Arbeitsmarktes und den sozialen und staatlichen Schutz der Arbeitskraft aufbrechen, Tarifverträge aushebeln und die Arbeitszeit auch ohne Lohnausgleich verlängern, Urlaubs- und Feiertage streichen, d. h. Arbeitsplätze vernichten und Löhne massiv senken, um so den gesellschaftlich geschaffenen Reichtum rücksichtslos zugunsten der großen Konzerne, Banken und Versicherungen umzuverteilen.

Die Agenda 2010 ist Teil des groß angelegten Versuchs, die wachsende Zahl derer, die für die Verwertungsmechanik des Kapitals "überflüssig" sind, auszusondern und zu marginalisieren und dies gleichzeitig zu legitimieren. Entsolidarisierung ist die Folge.

"Leistungsdruck", der weder auf individuelle Leistungsfähigkeit noch auf soziale Belange Rücksicht nimmt, Unsicherheit im Beruf, unabhängig von Ausbildung und Grad der Qualifikation, Unsicherheit im ganzen Leben werden wieder zur prägenden Erfahrung vieler Menschen. Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, Senkung der Einkommen großer Teile der abhängig Beschäftigten, wachsende und sich verfestigende Armut bis zur Verelendung und Polarisierung der Gesellschaft werden bestimmende Erscheinungen. Selbst jener Teil der Arbeiterklasse, der bislang in relativ gesicherten Verhältnissen lebte, sowie Teile der Mittelschichten und der Intelligenz sind betroffen.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich in den alten Bundesländern seit 1973 vervierfacht, in den neuen Bundesländern hat sie sich seit 1993 verdoppelt. Die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Minderung der Altersbezüge verschärfen die soziale Spaltung.

Durch den Verlust des Arbeitsplatzes, von sozialen Beziehungen und Bindungen schwindet die subjektive Widerstandsbereitschaft, Verlust des Selbstwertgefühls, Resignation, emotionale und psychische Störungen sind die Folge. Arbeitslosigkeit wird immer mehr als Ausschluss aus der Gesellschaft erlebt.

Neben Regionen im Westen der Bundesrepublik sind vor allem die neuen Bundesländer betroffen. Der Osten war und ist Experimentierfeld für die gesamte BRD.

3.3 Veränderungen des politischen Systems

All dies war mit der SPD-Grünen-Regierung mit geringerem Widerstand durchzusetzen als mit einem CDU/CSU-geführten Kabinett. Durch die traditionellen Beziehungen vieler Gewerkschafter zur SPD war sie in der Lage, sozialen Protest zu binden. Zugleich schien dem Kapital das Politikkonzept von SPD und Bündnisgrünen eher geeignet, schnell auf neue Herausforderungen des Prozesses der imperialistischen Globalisierung zu reagieren.

Mit der Zerstörung sozialstaatlicher Regulierungen und demokratischer Rechte, mit den Kriegsbeteiligungen unter der SPD-Grünen-Regierung verloren diese Parteien jedoch an Orientierungsfunktion und Legitimität.

Die SPD betreibt den reaktionären Umbau der Gesellschaft in enger Zusammenarbeit mit der CDU/CSU. Obgleich ihr Politikansatz und ihre Forderungen sich im sozialen Bereich kaum von denen der SPD-Grünen-Regierung unterscheiden, sondern sie an Schärfe und Rigorosität noch überbieten, sind CDU und CSU bei Wahlen bislang Nutznießer dieser Situation. Längst existieren jedoch Vorstellungen über eine "großen Koalition" und über schwarz-grüne-Bündnisse. Die politischen "Blöcke" werden zunehmend austauschbar.

Die Krise des politischen Systems in Deutschland wird immer deutlicher - die Parteien und das regierende Personal verlieren an Bindekraft.. Wahlpolitisch äußert sich dies vor allem darin, dass immer mehr Menschen sich der Wahl enthalten. Dies auch, weil viele keine tatsächliche Alternative zu den bürgerlichen Parteien sehen. Aufgrund der labilen parlamentarischen Situation sind jähe Wenden stets möglich. Es gibt gegenwärtig neue Chancen für die Entwicklung politischen Bewusstseins. Es wächst die Zahl derer, die sich von den großen Parteien abwenden.

Doch es gibt bislang keine wirksame linke Gegenkraft. Die PDS, die sich oft kritisch zum Kapitalismus und zu den politischen Verhältnissen in der BRD artikuliert, hat mit ihren Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und vor allem in Berlin an Glaubwürdigkeit verloren und sich nicht als politische Gegenkraft formiert, die vor allem auf außerparlamentarischen Widerstand und dessen Organisation setzt.

Neue Kräfte wie die "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" (WASG) entstehen.

Derzeit besteht die Gefahr, dass rechte Parteien und Organisationen, die mit sozialer und nationaler Demagogie auftreten, verstärkt Zulauf erhalten. Ausländerfeindlichkeit wird von führenden Politikern des Regierungslagers und der CDU/CSU für ihre politischen Zwecke geschürt. Viele Positionen der äußersten Rechten und neofaschistischer Parteien wurden von CDU bzw. CSU übernommen.

Deutsche Großmachtambitionen, die Zulassung von Migration nach Nützlichkeitskriterien, die brutale Antiflüchtlingspolitik, Auslandseinsätze der Bundeswehr und das Gerede von der "Normalität" der Nation sind Wasser auf die Mühlen nationalistischer und faschistischer Kräfte.

Die Politik des Sozialabbaus - für die Hartz 4 und die Agenda 2010 stehen - ermöglicht den Faschisten, mit demagogischen Forderungen aufzutreten, und bringt ihnen Wahlerfolge. Die faschistischen Parteien binden sozialen Widerstand. Sie sind zudem nützlich, um Angst, um Unsicherheit zu verbreiten und gegen Linke Terror auszuüben. Sie erfüllen eine Funktion im und für das System.

Längst geht es nicht mehr um die Anfänge, denen gewehrt werden muss. Ignorieren, tuscheln oder hoffen darauf, das Problem möge sich von alleine aus der Welt schaffen, sind gefährliche Illusionen.

In dieser widersprüchlichen gesellschaftlichen Situation drängt der demokratische Protest auf die Straße. Aufgrund der Schwäche der Linken gibt es derzeit keine wirksame politische Kraft, die diesen Protest organisiert, bündelt, weitergehende Ziele formuliert und eindeutig gegen Rechts positioniert. Dies wäre einerseits Aufgabe der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen.

Andererseits wird immer deutlicher, wie sehr diese Situation eine starke antikapitalistisch-antiimperialistische, antifaschistische und internationalistische, marxistische Kraft, eine starke kommunistische Partei, erfordert, die konsequent handelt und dazu beiträgt, Kräfte zusammenzuführen. Eine Kraft, die in der Lage ist, nicht nur Ursachen und Tendenzen der gegenwärtigen Entwicklung aufzudecken, sondern auch gesellschaftliche Alternativen zu formulieren und in die gesellschaftlichen Bewegungen einzubringen. In dieser Aufgabenstellung sieht sich die DKP.

4 Für eine Wende zu demokratischer und sozialer Politik:

Das Kräfteverhältnis verändern!

4.1 Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeiterklasse ist und bleibt die entscheidende Kraft, um politische Veränderungen in Deutschland und weltweit durchzusetzen.

Gesellschaftlicher Fortschritt ist nur denkbar, wenn in Aktionseinheit und in Bündnissen gehandelt wird. Es ist notwendig und möglich, dass Arbeiter, Angestellte, Beamte, prekär Beschäftigte und Erwerbslose - unabhängig von Nationalität und Herkunft, unterschiedlicher Weltanschauung, sozialdemokratisch und kommunistisch organisierte sowie parteilose Kolleginnen und Kollegen - zusammenwirken.

Dieses Zusammengehen mit ganzer Kraft zu unterstützen, das Einigende in den Vordergrund zu rücken sowie mit Geduld und Aufgeschlossenheit gemeinsame Aktionen durchzuführen, das ist ein Grundsatz der DKP.

Die Aktionseinheit mit den Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften ist von entscheidender Bedeutung, um soziale und politische Ziele durchzusetzen. Aufgabe dieser Zusammenarbeit ist aber auch, Diskussionen zu fördern, um Einsichten in die Zusammenhänge und Perspektiven zu entwickeln.

Die Gewerkschaften können die größte fortschrittliche Kraft der Arbeiterklasse sein und die Offensive des Kapitals stoppen, wenn sie konsequent die Beschäftigten wie die Arbeitslosen zum Widerstand mobilisie-

ren und organisieren. Schon immer bestand eine wesentliche Schwäche der Gewerkschaften darin, unter Druck bereit zu sein, die Belange der Arbeiter und Angestellten den politischen Interessen der SPD unterzuordnen und sich auf Positionen der Sozialpartnerschaft mit dem Kapital einzulassen. Jetzt aber erleben wir die Aufkündigung des einstmals hoch gelobten "sozialpartnerschaftlichen Kompromisses" durch das Großkapital. Es vollzieht den offenen Übergang zu erpresserischer Diktatur der Unternehmerverbände.

Der Gegensatz der gewerkschaftlich organisierten Teile der Arbeiterklasse zur Politik von SPD und Grünen wächst. Daraus ergeben sich neue Chancen zur Entwicklung von Klassenbewusstsein, wenn Erfahrungen im Kampf um die eigenen Interessen gewonnen und klassenkämpferische Positionen in die Auseinandersetzungen eingebracht werden.

Wir Kommunisten und Kommunistinnen haben in den Betrieben und Gewerkschaften für die Durchsetzung der Klasseninteressen der Arbeiter gekämpft. Gerade jetzt muss die aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften für die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse ein Schwerpunkt kommunistischer Politik sein.

Wir beteiligen uns zugleich am Prozess der Sammlung von Kräften wie der Gewerkschaftslinken, die den Klassenwiderspruch in dieser Gesellschaft erkennen und auf gewerkschaftliche Gegenwehr, auf Klassenkampf statt auf "Sozialpartnerschaft" orientieren. Gemeinsam mit ihnen setzen wir uns für den ursprünglichen Zweck der Gewerkschaften ein, der Konkurrenz der Arbeitenden untereinander entgegenzuwirken und ihr gemeinsames Handeln zu fördern.

Es liegt auch an uns und an der Linken insgesamt, einen Beitrag zu leisten, dass die Linie einer autonomen, klassenorientierten Gewerkschaftspolitik wieder stärker wird und systemkritische sowie sozialistische Positionen erörtert werden.

Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf europäischer und internationaler Ebene muss intensiviert werden, um ein Ausspielen nationaler Belegschaften gegeneinander zu verhindern und gemeinsam zu handeln. Kampfformen wie gemeinsame Streiks auf europäischer oder internationaler Ebene müssen wieder entwickelt, verankert und bei den Gewerkschaften durchgesetzt werden.

4.2 Neue soziale Bewegungen im Aufbruch

Seit dem Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München formiert sich neben - und teilweise gemeinsam mit - der Arbeiterbewegung eine Bewegung gegen die imperialistische Globalisierung. Sie wendet sich gegen die menschenverachtende Politik der Weltbank und des internationalen Währungsfonds (IWF). Sie prangert die Rolle und Verantwortung der G7 für die Lebensverhältnisse auf dieser Erde an. Die Bewegung richtet sich ebenfalls gegen die vom Gipfeltreffen der EU festgelegte Politik, international und in den Mitgliedsländern soziale und politische Verhältnisse reaktionär zu verändern. Neue Organisationen entstehen, die sie mit prägen.

Diese Bewegung repräsentiert unterschiedliche politische und soziale Kräfte. Sie vereint Menschen unterschiedlicher Weltanschauung, deren Motive zur Aktion in den erlebbaren Folgen imperialistischer Globalisierung gründen. Die Demonstrationen gegen G7-Gipfeltreffen sind Ausdruck des Willens gegen die Auswirkungen der herrschenden Politik zu protestieren, andere Lebensperspektiven und gesellschaftliche Alternativen zu fordern.

Der internationale Charakter der Aktionen und ihre zunehmende Vernetzung stellen eine neue Qualität der Protestbewegungen dar. Sie kann zur wirksamen Antwort der gesellschaftlichen Gegenkräfte auf die Entwicklung des Imperialismus werden. Notwendig ist dafür eine engere Zusammenarbeit der Arbeitbewegung mit der Antikriegs- und Friedensbewegung, der Frauenbewegung, der Bewegung gegen Sozialabbau, der antifaschistischen Bewegung, der Ökologiebewegung und internationalistischer Solidaritätsgruppen sowie jener Bewegungen, die sich für die Verteidigung demokratischer Grundrechte einsetzen. Dafür gibt es erste Ansätze. Die Wirksamkeit der Bewegung wird davon abhängen,

- wie umfassend es gelingt, internationale Klassenkämpfe mit vielfältigen Aktionen gegen die Folgen der imperialistischen Globalisierung zu verbinden;
- ob es gelingt, neue Kampfformen zu entwickeln, z. B. international vernetzte Streikaktionen - insbesondere die Belegschaften der international agierenden Konzerne und deren Zulieferer stehen vor der Herausforderung, sich grenzüberschreitend zu organisieren;
- ob es gelingt, eine außerparlamentarische Opposition zu entwickeln, die über gesellschaftliche Perspektiven und Alternativen diskutiert und entsprechend handelt;
- wie weit es gelingt, den revolutionären, auf Gesellschaftsveränderung orientierenden Teil dieser Bewegung zu stärken.

Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten und ihrer Parteien ist es,

- als Bestandteil dieser Bewegungen zu wirken, Partner zu sein bei Aktionen und in Diskussionen, Standpunkte, Analysen, Vorschläge zu Perspektiven und Alternativen einzubringen und Initiativen zu entwickeln, dazu beizutragen, die Bewegungen zusammen zu führen;

- einen Beitrag zur Formierung solcher Bewegungen zu leisten, in sie Klassenpositionen und unsere Auffassungen über notwendige künftige Entwicklungen - einschließlich einer gesellschaftlichen Alternative, des Sozialismus - einzubringen;
- zur internationalen Vernetzung der Bewegungen und zu gemeinsamen internationalen Aktionen beizutragen. Immer weniger ist dieser Widerstand - sowohl bei den Kämpfen von Belegschaften als auch im gewerkschaftlichen Bereich, den sozialen Bewegungen, der Friedensbewegung, im antifaschistischen Kampf - auf einen Betrieb, eine Region, ein Land beschränkbar.

Die Forderung des Manifestes der Kommunistischen Partei "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" erhält im Zusammenhang mit den aktuellen sozialen und politischen Auseinandersetzungen an Gewicht. Dies verlangt von kommunistischen und revolutionären Parteien auch eine neue Form der Zusammenarbeit, um in den Bewegungen gegen die imperialistische Globalisierung, gegen Sozial- und Demokratieabbau zu wirken.

4.3 Den Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau verstärken - das Kräfteverhältnis verändern - für eine gesellschaftliche Alternative kämpfen!

Es gilt, dem reaktionären Umbau der Gesellschaft eine Alternative entgegenzusetzen. In den Kämpfen gegen die menschenfeindliche Ideologie und Gesellschaftskonzeption der kapitalistischen Gesellschaft müssen die Kräfte gesammelt werden zur Durchsetzung fortschrittlicher Reformen. Wir setzen gegen die Kriegspolitik von Kapital und Kabinett eine Alternative des Friedens und gegen die Agenda 2010, eine Alternative gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistung und gegen die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme, eine Alternative gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut, eine Alternative gegen jede Diskriminierung, eine Alternative der Solidarität.

Die finanziellen Mittel für solche Alternativen sind vorhanden: Im Reichtum und den Spekulationsmilliarden der Konzerne, der Banken und Versicherungen, bei den Vermögen der Superreichen, im Rüstungshaushalt.

Die DKP trägt dazu bei, dass möglichst alle gesellschaftlichen Kräfte, deren Interessen im Widerspruch zur Politik der herrschenden Monopolbourgeoisie und ihrer politischen Vertreter stehen, in der BRD sowie international in Bündnissen und Bewegungen für die Verteidigung demokratischer und sozialer Errungenschaften und zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse zusammenwirken.

Das hauptsächliche Hindernis für den gesellschaftlichen Fortschritt ist die ökonomische und politische Macht der Monopolbourgeoisie. Ohne Einschränkungen der Macht der transnationalen Konzerne, des Großkapitals, wird eine Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentlichen Haushalte, von den entwickelten imperialistischen Staaten zu den Menschen, die in anderen Regionen Not leiden, nicht möglich sein.

Die DKP hält es für nötig und möglich, dass im Ergebnis des Kampfes gegen das Großkapital grundlegende antimonopolistische und demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die den Weg zum Sozialismus öffnen.

All diese Maßnahmen werden nur erste Schritte sein zur grundlegenden und dauerhaften Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, zum Bruch mit den bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen. Die Zurückdrängung und schließlich die Überwindung der Herrschaft dieses mächtigsten Teils der Bourgeoisie ist die entscheidende Voraussetzung für die Öffnung des Weges zum Sozialismus.

5 Die Zukunft - der Sozialismus

Die Alternative zum gegenwärtigen System des Kapitalismus ist eine Gesellschaft, in der das Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum ersetzt ist.

Als Ergebnis der politischen Kämpfe und sozialer Massenbewegungen wird letztlich der revolutionäre Bruch mit den bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen stehen und damit die Aufgabe, eine neue Gesellschaft aufzubauen, in der die Wünsche und Hoffnungen der Menschen auf eine sozial gerechte, friedliche, solidarische Welt Wirklichkeit werden können.

Die DKP geht davon aus, dass dies nur eine Gesellschaft sein kann, in der durch die Überwindung des Profitprinzips die Ergebnisse der gesellschaftlich geregelten Produktion der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen dienen. Diese Gesellschaft ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Sie ist mit dem Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln unvereinbar.

An die Stelle der Herrschaft des Kapitals tritt die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anti-kapitalistisch-antiimperialistisch orientierten Kräften. Sie schaffen die Voraussetzungen, dass sozialistische Demokratie zur dauerhaften Grundlage der neuen Gesellschaft wird.

An die Stelle konkurrierender Einzelinteressen treten Frieden, globale Verantwortung und internationale Solidarität, Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte und Demokratie, planmäßiger Einsatz aller Produktivkräfte und die Möglichkeit der freien Entwicklung der Individuen

6 Aktiv eingreifen - die DKP stärken!

Die DKP hat an vielen fortschrittlichen Bewegungen unseres Landes Anteil. Um im härter werdenden Klassenkampf von Oben zu widerstehen, sind die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und breite Bündnisse nötig. Die Kommunistinnen und Kommunisten bringen in die Bewegungen gegen die herrschende Politik ihre antikapitalistisch-antiimperialistische, antimilitaristische, antifaschistische und antirassistische Überzeugung ein, die auf dem weltanschaulichen Fundament der Theorien von Marx, Engels und Lenin basiert.

Wir suchen die Debatte mit anderen Marxistinnen und Marxisten zur Analyse des heutigen Imperialismus, über Wege zu seiner Überwindung und zu Zukunftsvorstellungen. Dies kann und wird sowohl die marxistische Theorie bereichern als auch uns helfen, Ausstrahlung als kreative kommunistische Partei zu gewinnen.

Wir arbeiten an der marxistischen Bildung unserer Mitglieder und an der Kultur der innerparteilichen Diskussion zu weltanschaulichen und politischen Grundfragen sowie zur Programmatik der Partei.

Besondere Bedeutung hat die inhaltliche und finanzielle Sicherstellung der Herausgabe der "UZ - Zeitung der DKP", die Gewinnung von Abonnenten und der verstärkte Freiverkauf. Mit den "Pressefesten der UZ - Volksfesten der DKP" organisieren wir große linke Volksfeste und Treffen verschiedener Strömungen der Linken.

Das engagierte Wirken der Kommunistinnen und Kommunisten der DKP - eine stärkere und dynamischere DKP - wird zu einem Aufschwung der Kämpfe der arbeitenden Menschen beitragen.

Wir, die Mitglieder der DKP,

orientieren bei der Mobilisierung und Organisation von Widerstand vorrangig auf die organisierte Arbeiterklasse und die Betriebsbelegschaften. Die Belegschaften der Konzernbetriebe sind nicht nur die ausschlaggebende gesellschaftliche Kraft, der Betrieb ist auch der Ort, an dem der Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit direkt erfahrbar wird;

sehen es als notwendig an, die wachsende Zahl jener, die arbeitslos sind, zu mobilisieren und zu befähigen, für ihre Interessen aktiv zu werden;

orientieren gemeinsam mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und der Assoziation Marxistischer Student/innen (AMS) darauf, aktiv für die Rechte Jugendlicher auf qualifizierte Bildung, Ausbildung und Arbeitsplätze einzutreten;

wollen unsere Kräfte konzentrieren und uns im Bündnis mit anderen fortschrittlichen politischen Kräften in Bewegungen und Organisationen in die Klassenauseinandersetzungen einmischen um eine kraftvolle außerparlamentarische Opposition zu schaffen - der Macht des Kapitals muss in diesem Land und international eine breite Bewegung von Unten entgegengesetzt werden, um das Kräfteverhältnis zu verändern;

orientieren auf das partnerschaftliche Zusammenwirken und das gemeinsame Handeln aller Menschen, Organisationen und Vereinigungen in den Bewegungen zur Veränderung der Verhältnisse, unabhängig von ihren politischen oder weltanschaulichen Überzeugungen, auf allen Ebenen: Bundesweit, in den Ländern, in den Kommunen, in Stadtteilen und Bürgerinitiativen, außerparlamentarisch und in Parlamenten;

bringen in diese Bewegungen Klassenpositionen und unsere Vorstellungen einer gesellschaftlichen Alternative, des Sozialismus, ein - über konkrete Aktionen hinaus sind in den Bewegungen jetzt gemeinsame mittel- und langfristige gesellschaftspolitische Ziele zu erarbeiten;

beteiligen uns auch international an dem Prozess der Sammlung von Kräften, die den Klassenwiderspruch in dieser Gesellschaft nicht ignorieren und auf Gegenwehr statt auf "Sozialpartnerschaft" orientieren;

treten gemeinsam mit anderen gegen den Abbau von politischen Grundrechten ein. Zusammen mit allen Antifaschistinnen und Antifaschisten wenden wir uns gegen jede Verharmlosung faschistischer Strukturen und ihre Tolerierung durch staatliche Stellen - die DKP hält die Erinnerung daran wach, was Faschismus bedeutet und fordert das Verbot aller neofaschistischen Parteien und Organisationen.

Die DKP hat dem Kapitalismus entschieden den Kampf angesagt. Die Organisation von Gegenwehr, der Kampf um gesellschaftliche Alternativen und für eine sozialistische Zukunft braucht eine starke DKP!